

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

1. Halbjahr 2004

Eine Untersuchung zur
Unternehmensentwicklung
der Creditreform Wirtschafts-
und Konjunkturforschung

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen in Deutschland im ersten Halbjahr 2004	1
1.2	Das Verbraucherinsolvenzverfahren in der Kritik	4
1.3	Große Firmeninsolvenzen	5
1.4	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	8
1.5	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	12
1.6	Insolvenzen im finanziellen und konjunkturellen Umfeld	15
1.7	Die Limited	22
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	24
2.1	Gründungsbilanz	24
2.2	Exkurs: Ich-AG	28
2.3	Neueintragungen und Wirtschaftsbereiche	30
2.4	Arbeitsplätze durch Neugründer	32
2.5	Neueintragungen und Löschungen nach Bundesländern	35
3	Zusammenfassung	38

■ **1 Insolvenzen**
1.1 Die Insolvenzzahlen in Deutschland
im ersten Halbjahr 2004

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen ist auch im ersten Halbjahr 2004 gestiegen: 54.700 Anträge von Unternehmen und Privatpersonen verzeichneten die Gerichte. Das entspricht einem Zuwachs von 11,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Getragen wird diese Erhöhung von den Privatpersoneninsolvenzen: Um 20 Prozent auf 35.400 Anträge stiegen die Insolvenzen in diesem Segment (Vorjahr: 29.490 Anträge). Die Privatpersoneninsolvenzen lassen sich unterteilen in Verbraucheranträge und solche von ehemals selbstständig Tätigen, die sich aus der persönlichen Haftung befreien möchten. 20.910 Verbraucher stellten im ersten halben Jahr 2004 einen Antrag auf Restschuldbefreiung – 11.290 Anträge kamen von den ehemals selbstständig Tätigen.

Die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche ist erstmals seit 1999 wieder (geringfügig) rückläufig. 19.300 Unternehmen beantragten in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres die Insolvenz. Im ersten Halbjahr 2003 waren es 19.640 Firmen. Deshalb kann jedoch nicht von einer Entspannung der Insolvenzsituation gesprochen werden. Ein Rückgang um 1,7 Prozent bei fast 20.000 Unternehmenspleiten pro Halbjahr bedeutet keine Trendwende.

Leichter Rückgang bei unverändert hohem Niveau

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003 Hj.	49.130	+ 23,3%	19.640	+ 7,0%	15.580	+ 69,3%	13.910	+ 13,1%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004 Hj. *)	54.700	+ 11,3%	19.300	- 1,7%	20.910	+ 34,2%	14.490	+ 4,2%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Mit rund 19.300 Firmenzusammenbrüchen innerhalb von sechs Monaten liegt Deutschland an zweiter Stelle im europäischen Vergleich. Die Spitzenposition bekleidet Frankreich mit nur wenig mehr Betroffenen: Dort wurden in 2003 fast 40.500 Unternehmenspleiten verzeichnet.

Die Verbraucherinsolvenzen steigen seit der Reform der Insolvenzordnung im Dezember 2001 rasant an. Damals wurde festgesetzt, dass Personen, denen die nötigen Mittel fehlen, ein Insolvenzverfahren anzustrengen, die Gerichtskosten gestundet werden können. Es ist also möglich, ohne eigenes Geld an die von vielen ersehnte Restschuldbefreiung zu gelangen. Die anhaltend hohen Scheidungs- und Arbeitslosenzahlen haben dazu geführt, dass immer mehr Menschen die sich vor ihnen auftürmenden Schuldenberge nicht abtragen können und ein Insolvenzverfahren beantragen. 2001 waren es 17.000 Privatpersonen, die die Restschuldbefreiung anstrebten, in diesem Jahr werden es mehr als 70.000 sein.

35.000 insolvente Privatpersonen – reiche Beute für den Pleitegeier

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003 Hj.	37.350	+ 25,8%	14.670	+ 14,5%	12.990	+ 71,6%	9.690	+ 4,2%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004 Hj. *)	42.100	+ 12,7%	14.700	+ 0,2%	17.130	+ 31,9%	10.270	+ 6,0%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

42.100 Gesamtinsolvenzen stellten Unternehmen und Privatpersonen aus den alten Bundesländern. Binnen Jahresfrist ein Zuwachs von 12,7 Prozent. Auch im Unternehmensbereich verzeichnet man im Westen – wenn auch nur leichte – Zuwächse: Um 0,2 Prozent auf 14.700 Firmenpleiten stieg die Zahl innerhalb des ersten Halbjahres 2004. 2003 lag sie noch bei 14.670. Bereits seit dem Jahr 2001 zeichnet sich in den neuen

Bundesländern eine positivere Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen ab als in Westdeutschland. Im Osten gehen die Unternehmenspleiten seit dem Jahr 2002 zurück. Im ersten Halbjahr 2002 meldeten 5.540 ostdeutsche Unternehmer Insolvenz an; in der ersten Jahreshälfte 2003 waren es noch 4.970 und nunmehr sinkt die Zahl auf 4.600 Insolvenzfälle (minus 7,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr).

Auch die prozentualen Steigungen bei den Verbraucherinsolvenzen bleiben hinter denen des Westens zurück: Im Osten stiegen die Privatpersoneninsolvenzen im ersten Halbjahr 2004 um 17,5 Prozent auf 8.000 Fälle; im Westen dagegen um 20,8 Prozent auf 27.400 Insolvenzen.

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003 Hj.	11.780	+ 15,8%	4.970	- 10,3%	2.590	+ 58,9%	4.220	+ 40,7%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004 Hj. *)	12.600	+ 7,0%	4.600	- 7,4%	3.780	+ 45,9%	4.220	+/- 0%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung rechnet für 2004 mit 39.000 – 41.000 Unternehmensinsolvenzen und insgesamt mit einem Insolvenzaufkommen von 110.000 – 115.000 Fällen.

**39.000 bis 41.000
Unternehmenspleiten im
Gesamtjahr 2004**

Nordrhein-Westfalen ist eines der Bundesländer, die im ersten Halbjahr 2004 deutliche Zuwächse im Unternehmensinsolvenzbereich verzeichnen. Um 8,4 Prozent auf 6.200 Fälle stiegen die Firmenzusammenbrüche an. Insgesamt verzeichnet NRW 13.120 Insolvenzen, was einem Anstieg von 18,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Verantwortlich dafür ist wohl auch der Strukturwandel, in dem sich das bevölkerungsreichste Bundesland befindet. Gerade im Ruhrgebiet vollzieht sich der Wandel weg vom primären

Sektor und der Industrie hin zu Dienstleistungen und Handel. Alteingesessene Betriebe sterben aus und Existenzgründer überleben die ersten Jahre nicht.

1.2 Das Verbraucherinsolvenzverfahren in der Kritik

Die Insolvenzen von Privatpersonen wachsen ungebrochen weiter. 35.400 Anträge hatten Richter und Rechtspfleger in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres zu bewältigen. Dabei wurden 20.910 Insolvenzanträge von Verbrauchern gestellt und 11.290 von ehemals selbstständig Tätigen. Der Rest betrifft überschuldete Nachlässe, Stiftungen und Vereine. Die Zahl der jährlich abgegebenen eidesstattlichen Versicherungen beträgt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes knapp eine Million. Geht man davon aus, dass mehr als drei Millionen Haushalte in Deutschland überschuldet sind (so die neueste Schätzung der Bundesregierung) ist der Zenit noch lange nicht erreicht. Da die Mehrheit der Fälle Nullplanverfahren mit Stundungsantrag sind, ist fraglich, ob es eines derartigen Personal- und Zeitaufwandes bedarf, um festzustellen, dass eine auch nur anteilige Forderungsbefriedigung nicht zu erreichen ist. Ein paar Zahlenbeispiele mögen dies verdeutlichen:

***Verbraucherinsolvenzen:
Außer Spesen nix gewesen***

Rechtsanwalt Wilhelm Klaas aus Krefeld hat die Quotenaussichten der von ihm betreuten Fälle im Verbraucherinsolvenzverfahren ausgewertet (etwa 200 pro Jahr). In 2002 lag die Quotenaussicht bei 1,59 Prozent, in 2003 bei 0,05 Prozent und in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres bei 0,00 Prozent.

Dem eigentlichen Verbraucherinsolvenzverfahren vorgelagert ist ein außergerichtlicher und ein gerichtlicher Einigungsversuch des Schuldners mit seinen Gläubigern (so genanntes Schuldenbereinigungsplanverfahren). Der Gesetzgeber hatte bei Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens die Einigungserzielung im Vorfeld des Verfahrens als Regelfall gesehen und die gerichtliche Auseinandersetzung als ultima ratio betrachtet. 2003 wurden von 33.510 Verbrau-

cherinsolvenzverfahren 3,7 Prozent mit dem angenommenen Schuldenbereinigungsplan beendet.

Justizministerin Zypriens plant die Zusammenlegung des außergerichtlichen und des gerichtlichen Einigungsversuches zur Straffung des Verfahrens. Namhafte Praktiker dagegen – insbesondere Insolvenzverwalter – halten das gesamte Verfahren für eine „Fehlleistung“.

Unumstritten ist, dass es eine Möglichkeit der Entschuldung für mittellose, überschuldete natürliche Personen geben muss mit dem weiteren Ziel der Reaktivierung der Aufnahme von Erwerbstätigkeit zur selbstständigen Finanzierung des Lebensunterhaltes.

Anstatt aber eine immer größer werdende Verbraucherzahl „restschuldzubefreien“, sollte verstärkt auf die Prävention gesetzt werden. Insbesondere im schulischen Bereich sollten Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen ergriffen werden und Banken, Sparkassen und Versandhäuser die Kreditgewährung stärker von der wirtschaftlichen Situation des Kreditsuchenden abhängig machen.

1.3 Große Firmeninsolvenzen

2002 wird als Boomjahr der Großinsolvenzen in die Annalen eingehen – eine solche Häufung von medien-trächtigen Konzernniedergängen wie Holzmann, Herlitz, Kirch Media und Babcock sucht ihresgleichen. Aber auch in der ersten Hälfte des laufenden Jahres traf es einige Traditionsunternehmen. Insbesondere die Bekleidungsindustrie leidet unter der jahrelangen Konsumschwäche und Strukturkrise dieser Branche: Mit dem 100 Jahre alten Herrenbekleider Hettlage, dem Textilhändler Kenvelo, der Girmes GmbH und dem Modeunternehmen Boecker aus Essen stehen gleich vier Textilhändler in der Top-Ten-Liste der größten Pleiten des ersten Halbjahres 2004.

Tab. 4: „Top-Ten“ der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im 1. Halbjahr 2004

■	Unternehmen	Geschäftszweck
	BHG Color Print GmbH & Co. KG, Edingen	Betrieb von Farbfotolaboratorien
	Hettlage KgaA, Neuried	Einzel-, Groß- und Versandhandel mit Textilien und anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs
	KENVELO AG, Norderstedt	Textilhandelsunternehmen
	Kögel Fahrzeugwerke AG, Ulm	Herstellung und Vertrieb von Fahrzeugen, Fahrzeugaufbauten und Containern aller Art
	Nuxoll – Comast KG, Bad Laer	Erstellung von Werbevertriebskonzepten, Durchführung von Kleintransporten sowie Verteilung von Werbe- und sonstigen Druckerzeugnissen
	Günter Kube GmbH & Co. Gebäudeservice, Frankfurt	Ausführung von Gebäudereinigungen aller Art
	Girmes GmbH, Grefrath	Textilunternehmen, Herstellung von Heimtextilien
	GENIATEC AG, Hannover	Durchführung von Handelsgeschäften aller Art einschließlich Import und Export von modernen Beschlagsystemen, Bau-Profilen und Elementen, Maschinen und Werkzeugen sowie Befestigungstechniken und deren Herstellung und Wartung
	EUROPAHAUS Fertigungswerke GmbH & Co. Dorsten KG, Herten	Errichtung und Betrieb von Produktionsanlagen zum Zwecke der industriellen Fertigung von montagefertigen Gebäudeteilen sowie die Entwicklung und der Aufbau eines innerdeutschen und europäischen Vertriebsnetzes
	Jo. C. Boecker GmbH & Co. KG, Essen	Betrieb von Einzelhandelsgeschäften mit Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung

Quelle: Creditreform-Datenbank

Die **BHG Color Print GmbH & Co. KG** aus Edingen-Neckarshausen war die Muttergesellschaft der V-Dia Gruppe, in der das operative Geschäft der BHG zusammengefasst war und der im Dezember 2003 übernommenen KFS Fotolabore GmbH aus Heidelberg. Sie betrieb zehn Farbfotolaboratorien der Firma Kodak mit insgesamt 1.500 Mitarbeitern. Nachdem die KFS Anfang März Insolvenz wegen Zahlungsunfähigkeit beantragt hatte, kappte der Insolvenzverwalter alle Verbindungen zur früheren Dachgesellschaft. Hinzu kam, dass der bislang größte Kunde der V-Dia, die Drogeriemarktkette dm, ihre Bilder seit Anfang Mai bei Fujicolor fertigen lässt. Damit fehlten der V-Dia nach Ansicht von Experten etwa 40 Prozent des Umsatzes. Und so musste die BHG Color Print am 25. Mai einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellen.

Die zweitgrößte Insolvenz des ersten halben Jahres 2004 traf die **Hettlage KGaA**. Das Herrenkonfektionsgeschäft, das sich zu 57 Prozent in Familienbesitz be-

findet, hatte im vergangenen Jahr mit 1.376 Mitarbeitern einen Umsatz von 200 Millionen Euro erwirtschaftet. Dabei seien – so ein Konzernsprecher – hohe Verluste angefallen. In den ersten Monaten des Jahres 2004 seien die Erlöse nochmals eingebrochen und somit das Sanierungskonzept nicht mehr aufgegangen. Die Läden blieben aber bis auf weiteres geöffnet – die vorläufige Insolvenzverwalterin Barbara Beutler wird entscheiden, wie es weiter geht.

Das in **Kenvelo AG** umbenannte Modeunternehmen Jean Pascale mit den Marken „JP“ und „Camera“ beantragte am 5. Februar beim Amtsgericht Norderstedt die Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Das Unternehmen, das zu 51 Prozent der tschechischen Kenvelo Gruppe gehört und deren zweiter Großaktionär die Düsseldorfer Marbert AG ist, beschäftigte 1.253 Mitarbeiter.

Die **Kögel Fahrzeugwerke AG** traf es direkt zu Beginn des neuen Jahres: Am 26. Januar 2004 stellte der mit der Herstellung und dem Vertrieb von Fahrzeugen, Fahrzeugaufbauten und Containern aller Art befasste Konzern einen Insolvenzantrag. Betroffen sind 1.195 Mitarbeiter. Presseberichten zufolge soll das Unternehmen weitergeführt und im Rahmen eines Insolvenzplanes saniert werden. Die Produktpalette soll deutlich verkleinert und etwa 300 Arbeitsplätze abgebaut werden.

Die **Nuxoll-Comast KG** erstellte Werbevertriebskonzepte, führte Kleintransporte durch und verteilte Werbe- und sonstige Kleindruckerzeugnisse. Von der Insolvenz sind etwa 1.000 Mitarbeiter betroffen. Der Komplementär der Nuxoll KG – Jörg Nuxoll – gab am 10. März die Eidesstattliche Versicherung über sein Vermögen ab.

Das Insolvenzverfahren über die **Günter Kube GmbH & Co. KG** aus Frankfurt am Main wurde am 1. Mai eröffnet, nachdem der Antrag auf Eröffnung am 9. März beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingegangen war. Der Gebäudereiniger beschäftigte etwa 850 Mitarbeiter.

Mit der Sense durch die Branchen

Arbeitsplätze erhalten

Auf Platz sieben rangiert wieder ein Textilhersteller: Das Insolvenzverfahren über die **Girmes GmbH** aus Grefrath wurde Anfang des Jahres eröffnet – betroffen sind etwa 800 Angestellte. Die Abwicklung übernimmt der renommierte Düsseldorfer Rechtsanwalt Horst Piepenburg, der auch schon mit der Insolvenz von Babcock Borsig betraut ist.

Der – nach eigenen Angaben – zweitgrößte Bau- und Möbelbeschlägehändler in Deutschland, **Geniatec AG**, stellte am ersten April diesen Jahres einen Insolvenzantrag. Nach Unternehmensangaben ist eine Fortführung des Unternehmens wahrscheinlich, ein Investor wurde bislang aber noch nicht gefunden. Derzeit werde mit dem Insolvenzverwalter ein Konzept zur Weiterführung erarbeitet. Die Geniatec AG beschäftigt 623 Mitarbeiter.

Die **Europahaus Fertigungswerke GmbH & Co. Dorsten KG** aus Herten stellte am 27. April einen Antrag auf Eröffnung des unternehmerischen Insolvenzverfahrens. Ziel der Gesellschaft war es, ein weltweit einmaliges Produktionsverfahren für Fertighäuser in Massivbauweise zu entwickeln. Es sollten so ungekannt niedrige Fertigungskosten entstehen. Von der Insolvenz betroffen sind etwa 660 Beschäftigte.

Auf Platz zehn des Insolvenzrankings rangiert ein weiterer Textilhändler: Die traditionsreiche **Jo.C. Boecker GmbH & Co. KG** aus Essen stellte Anfang März einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Anfang Mai wurde das Verfahren eröffnet. Betroffen sind 614 Beschäftigte. Die Firma Boecker wurde 1750 von Johann Heinrich Boecker gegründet. Zuletzt lag das Umsatzvolumen mit 20 Filialen bei etwa 150 Millionen Euro.

1.4 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Die Höhe des Schadens, den eine Insolvenz verursacht, hängt in erster Linie davon ab, ob es sich um eine Unternehmens- oder Privatpersonenpleite handelt: Zusammenbrechende Unternehmen verursachen in der Regel einen weitaus größeren Schaden als

Verbraucherinsolvenzen: Im ersten Halbjahr 2004 beliefen sich die Forderungen, die aufgrund einer Insolvenz nicht erfüllt wurden, auf 22,7 Milliarden Euro. Dieser – aufgrund der stagnierenden Unternehmensinsolvenzen und dem Ausbleiben von Großinsolvenzen leicht zurückgegangene Wert – fasst die privaten Schäden und die Schäden, die der Öffentlichen Hand entstanden sind, zusammen.

Städte, Gemeinden und Kommunen, Finanz-, Sozial- und Arbeitsämter blieben auf insgesamt 8,0 Milliarden Euro sitzen. Die privaten Gläubiger traf es härter: Insgesamt blieben Forderungen in Höhe von 14,7 Milliarden Euro unerfüllt.

**Private Gläubiger verlieren
14,7 Mrd. Euro**

Tab.5: Insolvenzschiiden in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Schäden	Öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	9,7	27,6
2000	17,9	9,2	27,1
2001	22,0	10,3	32,3
2002	26,6	11,8	38,4
2003 Hj.	16,0	8,8	24,8
2003	27,9	12,6	40,5
2004 Hj. *)	14,7	8,0	22,7

*) von Creditreform geschätzt

Bezieht man die Forderungsverluste auf die Zahl der Insolvenzen, erhält man die durchschnittliche Summe, die betroffene Gläubiger bei einer Unternehmensinsolvenz verlieren. Im ersten Halbjahr 2004 waren das 762.000 Euro – wieder etwas mehr als 2003.

Tab. 6: Private Insolvenzverluste in Deutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1999	17,9	672.000
2000	17,9	641.000
2001	22,0	679.000
2002	26,6	707.000
2003 Hj.	16,0	815.000
2003	27,9	707.000
2004 Hj. *)	14,7	762.000

*) von Creditreform geschätzt

Weniger Großschäden

Der Pensionssicherungsverein (PSV) gewährleistet im Falle der Insolvenz die betriebliche Altersvorsorge eines Arbeitnehmers. 2003 ist das den PSV betreffende Insolvenzgeschehen gegenüber dem Vorjahr, das von vielen Großschäden geprägt war, zurückgegangen. Die Gesellschaft musste bei 616 (Vorjahr: 643) Insolvenzen tätig werden. Die Zahl der zu sichernden Renten und Anwartschaften fiel auf 52.229 (Vorjahr: 92.907) zurück. Auch das Schadensvolumen war mit 877,2 Millionen Euro deutlich niedriger als 2002 (1,48 Milliarden Euro). Gleichwohl war dieser Beitrag der bisher zweithöchste seit dem Bestehen des Unternehmens. Für 2004 rechnet der PSV wieder mit einem verhältnismäßig hohen Schadensvolumen.

Tab. 7: Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	19.050	12.700	66,7
2000	18.120	10.102	55,8
2001	21.750	11.953	55,0
2002	26.550	10.930	41,2
2003 Hj.	14.670	6.020	41,0
2003	29.650	11.830	39,9
2004 Hj. *)	14.700	5.730	39,0

*) von Creditreform geschätzt

Das Insolvenzverfahren dient dazu, die Gläubiger eines Schuldners gemeinschaftlich zu befriedigen (§ 1 InsO). Dies ist aber nur möglich, wenn das Verfahren

eröffnet wird. Ist nicht genügend Geld da, um die Kosten des Verfahrens zu decken, wird der Insolvenzantrag mangels Masse abgewiesen. Eine Gläubigerbefriedigung findet nicht statt. Dem Gesetzgeber war also bei Schaffung der Insolvenzordnung daran gelegen, für eine möglichst hohe Eröffnungsquote zu sorgen. Bei Einführung der Insolvenzordnung 1999 wurden zwei Drittel der Verfahren in Westdeutschland mangels Masse abgewiesen. In Ostdeutschland lag die Quote sogar bei über 80 Prozent. Mittlerweile wird in Westdeutschland nur noch jedes dritte (39,0 Prozent) und im Osten Deutschlands knapp jedes zweite (47,8 Prozent) Verfahren abgewiesen.

Stagnation der Eröffnungsquoten

Der Blick auf die Fünfjahrestabelle zeigt allerdings auch, dass die Eröffnungsquoten wohl nicht viel mehr steigen werden. Ging es in den letzten Jahren fast permanent in Zehnprozentschritten nach oben, stagnieren die Zahlen nun fast.

Anzumerken bleibt, dass auch im eröffneten Verfahren die Möglichkeit besteht, das Verfahren wegen „Masseunzulänglichkeit“ ohne Gläubigerbefriedigung einzustellen. Masseunzulänglichkeit liegt dann vor, wenn zwar die Verfahrenskosten gedeckt sind, das Vermögen aber für eine weitere Befriedigung nicht ausreicht.

Tab. 8: Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	7.570	6.103	80,6
2000	9.810	6.400	65,2
2001	10.640	5.810	54,6
2002	11.070	6.280	56,7
2003 Hj.	4.970	2.400	48,3
2003	9.820	4.700	47,9
2004 Hj. *)	4.600	2.200	47,8

*) von Creditreform geschätzt

Forderungsausfälle gehören zum Unternehmensalltag: Lediglich 11,1 Prozent der von Creditreform im April 2004 befragten 4.232 Unternehmer erlitten im vergangenen Jahr keine Forderungsausfälle. Die Zahl der

Unternehmen, die von Forderungsverlusten betroffen waren, weil ein Kunde Insolvenz anmelden musste, sank dagegen im Jahresverlauf leicht von 62,0 auf 59,7 Prozent.

Tab. 9: Forderungsausfälle wegen Kundeninsolvenzen in Deutschland

■	ja	nein
Verarb. Gew.	62,7 (61,0)	35,1 (38,5)
Bau	49,8 (53,8)	48,8 (46,2)
Handel	69,9 (76,4)	27,9 (22,9)
Dienstleist.	56,3 (57,2)	42,4 (42,0)
Gesamt	59,7 (62,0)	38,6 (37,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Forderungsausfall trifft Erträge, nicht Umsatz

Traditionell leiden insbesondere die Betriebe aus dem Handel unter Forderungsausfällen wegen Kundeninsolvenzen. Allerdings sank auch hier der Wert binnen Jahresfrist um 6,5 Prozentpunkte auf 69,9 Prozent. Die einzige Branche, die steigende Forderungsverluste wegen Kundeninsolvenzen verzeichnet, ist das Verarbeitende Gewerbe. Hier stieg der Wert um 1,7 Prozentpunkte.

1.5 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Durch die üblichen jahreszeitlichen Impulse ging die Zahl der Arbeitslosen im Mai diesen Jahres gegenüber dem Vormonat um 150.200 auf 4,3 Millionen Betroffene zurück. Die Arbeitslosenquote sank von 10,7 auf 10,3 Prozent. Saisonbereinigt allerdings waren zusätzlich 9.000 Menschen bei den Arbeitsagenturen gemeldet. Hinzu kommt, dass seit Jahresbeginn Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr als Arbeitslose gelten.

Tab. 10: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003 Hj.	330.000	+ 6,5
2003	613.000	+ 3,9
2004 Hj. *)	322.000	- 2,5

*) von Creditreform geschätzt

320.000 Personen von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen

Von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen waren im ersten Halbjahr 2004 322.000 Arbeitnehmer; 2,5 Prozent weniger als noch vor einem Jahr. Diese Zahl korrespondiert mit der Entwicklung im Unternehmensinsolvenzbereich. Insolvenzverwalter und Gerichte bemühen sich, mit den vorhandenen Möglichkeiten der Insolvenzordnung Unternehmensteile zu erhalten und zu sanieren. Nicht immer bedeutet die Stellung eines Insolvenzantrages das Aus für den gesamten Mitarbeiterstab. Auf der anderen Seite führt eine Unternehmenskrise in vielen Fällen dazu, dass sich Mitarbeiter abwerben lassen und so von der späteren Insolvenz an sich nicht mehr betroffen sind.

Das Statistische Bundesamt (destatis) deklarierte für die ersten beiden Monate des laufenden Jahres knapp 30.000 von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffene Arbeitnehmer. Nach eigenen Angaben erhält das Amt allerdings ein Fünftel aller Anträge ohne Angaben zur Beschäftigungssituation.

Die Angaben der Bundesagentur für Arbeit, die die Anträge auf Insolvenzgeld zählt, mögen eine weitere Orientierungshilfe für die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer bieten. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres wurden 112.363 Anträge auf Insolvenzgeld bewilligt. Das Insolvenzgeld wird im vorläufigen Insolvenzverfahren von der Bundesagentur für Arbeit an die Arbeitnehmer ausgezahlt, damit das Unternehmen fortgeführt werden kann, der Insolvenzverwalter sich

einen Überblick über die Situation des Unternehmens verschaffen kann und um die Arbeitnehmer zu halten.

Altersteilzeit retten

Bei einer Insolvenz des Arbeitgebers stehen aber nicht nur die Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Beschäftigten laufen auch Gefahr, bereits erworbene Ansprüche zu verlieren. Insbesondere die Nutzer der Altersteilzeit waren bislang davon betroffen: Bis vor kurzem war es bei einer Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers unklar, ob Altersteilzeitansprüche zu den Masseverbindlichkeiten gehören oder zu den normalen Insolvenzforderungen. Letztere werden nur anteilig aus der verbliebenen Insolvenzmasse befriedigt – ein finanzielles Verhängnis für den Betroffenen. Nun hat der Gesetzgeber reagiert und in § 8a des Teilzeitgesetzes vorgeschrieben, dass Wertguthaben, die sich angesammelt haben, zwingend gegen das Risiko der Insolvenz abgesichert werden müssen. Diese Regelung gilt ab dem 1. Juli 2004.

Tab. 11: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Prozent im 1. Halbjahr 2004

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	72,3 (69,2)	71,2 (66,6)	72,0 (68,6)
6 – 10 Personen	11,7 (12,1)	12,7 (14,9)	11,9 (12,8)
11 – 20 Personen	8,0 (9,2)	8,9 (9,9)	8,2 (9,3)
21 – 50 Personen	5,3 (6,4)	5,6 (6,5)	5,4 (6,5)
51 – 100 Personen	1,7 (1,9)	1,2 (1,6)	1,6 (1,8)
> 100 Personen	1,0 (1,2)	0,4 (0,6)	0,9 (1,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

In 2002 stieg die Zahl der Betriebe, die mehr als 100 Mitarbeiter beschäftigen, leicht an, was sich mit dem Zusammenbruch von Konzernen im selben Jahr erklären lässt. Seitdem geht die Zahl der größeren Insolvenzen stetig zurück. Im ersten Halbjahr 2004 machen sie lediglich noch 0,9 Prozent des gesamten Insolvenzgeschehens aus. Hingegen steigt die Zahl der betroffenen Mikrobetriebe weiter an. 72,0 Prozent aller insolventen Unternehmen befinden sich in der Größenordnung von einem bis fünf Beschäftigten – binnen Jahresfrist ein Zuwachs von 3,4 Prozentpunkten. In Westdeutschland liegt die Zahl sogar noch höher: 72,3

Prozent aller Unternehmenszusammenbrüche kommen aus diesem Segment (Vorjahr: 69,2 Prozent). Im Osten werden 71,2 Prozent (Vorjahr: 66,6 Prozent) der Unternehmenspleiten von Betrieben gezählt, die zwischen einem und fünf Mitarbeiter beschäftigen. In dieser Entwicklung hin zu eher kleinen Betrieben liegen auch die Gründe, warum bei anhaltend hohem Insolvenzaufkommen die Zahl betroffener Arbeitsplätze und der Schäden leicht abgenommen hat.

1.6 Insolvenzen im finanziellen und konjunkturellen Umfeld

Die Konjunkturerholung in Deutschland steht auf wackeligen Beinen: Nach einem Anstieg im April ging der ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft in Deutschland im Mai wieder geringfügig zurück. Auch die Creditreform-Frühjahrsbefragung vom April konnte keine Signale zum Aufschwung geben. War der Herbst noch von optimistischen Zukunftsaussichten geprägt, ist man nun angesichts der schwankenden Prognosen zurückhaltend.

Zwar ist die deutsche Wirtschaft im ersten Vierteljahr um 0,4 Prozent gewachsen – dies ist aber allein der Außenwirtschaft zu verdanken – in allen Bereichen der Binnenwirtschaft sieht es nach wie vor recht düster aus. Hinzu kommt der rasant gestiegene Ölpreis, der die Wirtschaft belastet.

Konjunktur noch nicht beim Mittelstand angekommen

**Tab. 12: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen
im 1. Halbjahr 2004**

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenz- aufkommen	%-Verän- derung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	1.260 (1.470)	8,6	- 14,3
Ost	390 (420)	8,5	- 7,1
Deutschland	1.650 (1.890)	8,5	- 12,7
Bau			
West	2.660 (2.790)	18,1	- 4,7
Ost	1.300 (1.490)	28,3	- 12,8
Deutschland	3.960 (4.280)	20,5	- 7,5
Handel			
West	3.570 (3.460)	24,3	+ 3,2
Ost	1.070 (1.110)	23,3	- 3,6
Deutschland	4.640 (4.570)	24,0	+ 1,5
Dienstleist.			
West	7.210 (6.950)	49,0	+ 3,7
Ost	1.840 (1.950)	40,0	- 5,6
Deutschland	9.050 (8.900)	46,9	+ 1,7
Gesamt			
West	14.700 (14.670)	100,0	+ 0,2
Ost	4.600 (4.970)	100,1	- 7,4
Deutschland	19.300 (19.640)	99,9	- 1,7

() = Vorjahresangaben

Noch keine Trendwende im Tertiärsektor

Der starke Rückgang der Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe (minus 12,7 Prozent) spiegelt die Erholung dieses Wirtschaftszweiges wider: Das Verarbeitende Gewerbe hat im ersten Quartal seine Bruttowertschöpfung preis- und saisonbereinigt beschleunigt und um 1,5 Prozent gesteigert. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums erhielten die Unternehmen auch im April deutlich mehr Aufträge als zuvor und von den Analysten erwartet. Der Index des Auftragseingangs stieg um 2,5 Prozent, wobei die Auslandsnachfrage um 3,8 Prozent und die Bestellungen aus dem Binnenland um 1,2 Prozent stiegen.

Der Handel verzeichnet – ebenso wie die Dienstleistungsbranche – für Gesamtdeutschland einen weiteren Anstieg der Insolvenzen im ersten Halbjahr 2004. Die Gründe liegen auf der Hand: Der Großhandel ist als Finanzierungsdrehscheibe zwischen Verarbeitendem Gewerbe und Einzelhändlern doppelt gefährdet, die Einzelhändler leiden unter der nicht abebben wollenen Kaufunlust der Deutschen. Jörg Lüscho von der West LB erwartet „in der nächsten Zeit keine Belebung

des privaten Verbrauchs“. Der Ölpreisschock habe den durch die Arbeitslosigkeit und die Gesundheitsreform ausgelösten Unmut verstärkt.

Der Dienstleistungssektor stellt traditionell den größten Anteil an insolventen Firmen. Sie hat in Westdeutschland den größten Zuwachs an Insolvenzen zu verzeichnen: 3,7 Prozent oder 260 Betriebe mehr als noch vor einem Jahr mussten schließen. In Ostdeutschland hingegen gingen die Insolvenzen im Dienstleistungssektor um 5,6 Prozent auf 1.840 betroffene Betriebe zurück.

Der Bausektor konnte seinen Anteil am Insolvenzaufkommen sowohl im Westen als auch im Osten verringern. Insgesamt 320 Betriebe weniger als noch vor einem Jahr mussten Insolvenz anmelden. Insbesondere in Ostdeutschland ging die Zahl der betroffenen Firmen zurück (minus 12,8 Prozent). Dennoch ist die relative Insolvenzbetroffenheit im Bau mit 248 Insolvenzen pro 10.000 existenten Betrieben immer noch die höchste unter allen Branchen.

Bau bleibt in der Misere

**Tab. 13: Risikobehaftete Branchen in Deutschland
im 1. Halbjahr 2004**

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	90
<u>hierunter:</u>	
Stahl- und Leichtmetallbau	540
Herstellung von industriellen Prozess- steuerungsanlagen	340
Herstellung von Baubedarfsartikeln aus Kunststoff	328
Baugewerbe	248
<u>hierunter:</u>	
Abbruch-, Spreng- u. Enttrümmerungsgewerbe	668
Estrichlegerei	548
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	544
Handel	132
<u>hierunter:</u>	
Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchsgütern	404
Großhandel mit sonstigen Holzhalbwaren sowie Bauelementen aus Holz	392
Einzelhandel mit Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild	360
Dienstleistungen	118
<u>hierunter:</u>	
private Kurierdienste	528
erlaubnisfreier und freigestellter Straßen- Güterverkehr	440
Reinigung von Gebäuden, Räumen und Inventar	428
Gesamt	132
<u>hierunter:</u>	
Westdeutschland	122
Ostdeutschland	180

Quelle: Creditreform-Datenbank und Umsatzsteuerstatistik

In Deutschland sind im ersten halben Jahr 132 von 10.000 Unternehmen von der Pleite betroffen. Die ostdeutsche relative Insolvenz betroffenheit liegt mit 180 Insolvenzen nach wie vor deutlich über der westdeutschen mit 122. Hier relativiert sich auch das in absoluten Zahlen gemessene hohe Insolvenzaufkommen des Dienstleistungssektors: Mit 118 Insolvenzen pro 10.000 existierenden Unternehmen der Dienstleis-

tungsbranche liegt man unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt.

Tab. 14: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen im 1. Halbjahr 2004 in Deutschland (in Mio. Euro)

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	3.380 (3.070)	17,5 (15,6)
> 0,1 – 0,25	4.400 (4.180)	22,8 (21,3)
> 0,25 – 0,5	3.560 (3.690)	18,5 (18,8)
> 0,5 – 5,0	6.960 (7.440)	36,1 (37,9)
> 5,0 – 25,0	860 (1.100)	4,5 (5,6)
> 25,0 – 50,0	80 (120)	0,4 (0,6)
> 50,0	60 (40)	0,3 (0,2)
Gesamt	19.300 (19.640)	100,1 (100,0)

Quelle: Creditreform-Datenbank

Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen stellen Betriebe, die zwischen 500.000 und 5 Millionen Euro Umsatz machen. Im ersten Halbjahr 2003 meldeten 7.440 Unternehmen aus dieser Umsatzgrößenklasse Insolvenz an (37,9 Prozent des gesamten Insolvenzaufkommens). In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres waren es 6.960 Betriebe (36,1 Prozent). Nur 0,3 Prozent der Insolvenzen machen die Unternehmen aus, die mehr als 50 Millionen Euro Umsatz pro Jahr erwirtschaften.

Umsatzschwelle 5 Mio. Euro

Tab. 15: Insolvenzen nach Unternehmensalter im 1. Halbjahr 2004

■	West	Ost	Deutschland
0 bis 2 Jahre	16,0 (16,4)	14,7 (13,7)	15,8 (15,8)
3 bis 4 Jahre	17,9 (18,8)	17,0 (17,5)	17,7 (18,5)
5 bis 6 Jahre	14,4 (13,8)	15,8 (16,2)	14,7 (14,3)
7 bis 8 Jahre	9,9 (9,9)	11,4 (13,0)	10,2 (10,6)
9 bis 10 Jahre	7,8 (7,7)	11,2 (11,2)	8,5 (8,5)
über 10 Jahre	34,0 (33,5)	29,9 (28,4)	33,2 (32,4)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben

Quelle: Creditreform-Datenbank

Die These, dass vor allem Existenzgründer schnell in die Pleite schlittern, lässt sich nur bedingt aufrecht erhalten: 15,8 Prozent der Betriebe, die bis zu zwei Jahre am Markt existieren, mussten innerhalb der

ersten sechs Monate 2004 den Gang zum Insolvenzgericht antreten. Prozentual mehr Betriebe trifft es nach drei bis vier Jahren (17,7 Prozent) Marktpräsenz. Grund dafür ist häufig die Expansion einer Firma. Dem Unternehmer werden mit der Einstellung neuer Mitarbeiter andere Qualitäten wie z. B. Führungskompetenz abverlangt. Ein Drittel aller Unternehmensinsolvenzen (33,2 Prozent) schließlich trifft Betriebe, die schon zehn oder mehr Jahre am Markt sind.

Tab. 16: Insolvenzen nach Rechtsformen im 1. Halbjahr 2004

■	West	Ost	Deutschland
freie Berufe / Gewerbetreibende	50,9 (47,0)	60,5 (58,6)	53,0 (49,7)
BGB-Gesellschaft	1,3 (1,2)	1,6 (1,9)	1,4 (1,4)
OHG	0,4 (0,3)	0,3 (0,2)	0,3 (0,3)
KG	0,8 (0,7)	0,3 (0,4)	0,7 (0,6)
GmbH & Co. KG	4,6 (5,2)	2,2 (2,3)	4,1 (4,5)
GmbH	40,6 (43,9)	33,5 (35,3)	39,1 (41,9)
AG	1,0 (1,3)	0,3 (0,3)	0,8 (1,1)
eG	0,0 (0,1)	0,4 (0,3)	0,1 (0,1)
eV	0,5 (0,4)	0,9 (0,7)	0,6 (0,5)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform-Datenbank

**Relativ hoher Insolvenzanteil
der AG**

Nach wie vor werden die Insolvenzen von Gewerbetreibenden und Freiberuflern dominiert, die mehr als die Hälfte (53,0 Prozent) des gesamten Aufkommens stellen. Auch GmbH's sind aufgrund ihrer geringen Haftungsmasse insolvenzgefährdet. 39,1 Prozent der Insolvenzen betreffen diese Rechtsform. Aktiengesellschaften spielen hingegen eine zu vernachlässigende Rolle im Insolvenzgeschehen. Binnen Jahresfrist sank der prozentuale Anteil der insolventen AG's noch einmal um 0,3 Prozentpunkte auf 0,8 Prozent.

Die angestellte Strukturanalyse verdeutlicht, dass die Mehrheit der Insolvenzen mittelständische Unternehmen betrifft. Wie aber kann man sich als Unternehmer gegen die Zahlungsunfähigkeit schützen?

Finanzierung sichern und Liquidität schaffen, ist in konjunkturell unsicheren Zeiten oberstes Gebot. Nur

so können Verluste, Forderungsausfälle und schlepende Zahlungseingänge ausgeglichen werden.

Mit der Finanzierung aber steht es im deutschen Mittelstand nicht gut. Gerade einmal ein Fünftel (21,7 Prozent) aller Betriebe ist ausreichend mit Eigenkapital versorgt. Ein knappes Drittel dagegen (31,4 Prozent) verfügt über weniger als zehn Prozent haftendes Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme und ist damit unterkapitalisiert. Dennoch macht sich auch hier eine Konsolidierung bemerkbar: Die Zahl der unterkapitalisierten Betriebe sank um 6,3 Prozentpunkte innerhalb eines Jahres, während die ausreichend mit Eigenkapital versorgten Unternehmen um immerhin vier Prozentpunkte zulegten.

Die Botschaft aus Basel vernommen?

Tab. 17: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme

■	bis 10%	31,4 (37,7)
	bis 20%	30,5 (27,0)
	bis 30%	16,4 (17,7)
	über 30%	21,7 (17,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Wie aber kommt ein mittelständischer Unternehmer an Eigenkapital? Ein Börsengang ist für die meisten Betriebe nicht erst seit dem Platzen der New-Economy-Blase keine Option. Bankkredite sind mit einer schlechten Eigenkapitalausstattung unerschwinglich oder im schlimmsten Fall überhaupt nicht mehr zu bekommen, und auch Venture Capital wird für die meisten Mittelständler keine adäquate Lösung sein.

Ein Blick ins Ausland zeigt: Leasing und Factoring als alternative Finanzierungsmöglichkeiten gerade für kleine Unternehmen sind in vielen europäischen Ländern weiter verbreitet als in Deutschland. Insbesondere Unternehmen in Spanien, Frankreich, Portugal, Luxemburg und den Niederlanden nutzen Leasing zur Sicherung der Liquidität. Leasing bindet nicht soviel Kapital wie der Kauf von Vermögensgegenständen und verbessert dadurch die Liquidität und den finanziellen Handlungsspielraum. Und während Bankkredite

Leasing und Factoring halten liquide

für Investitionen im allgemeinen maximal 70 Prozent des Investitionswertes decken (und das Unternehmen die restlichen 30 Prozent selbst aufbringen muss), erfordert Leasing keinen weiteren Finanzierungsbedarf durch den Leasingnehmer. Zudem bedarf es keiner zusätzlichen Sicherheiten, da der Leasinggeber Eigentümer des Leasinggegenstandes bleibt. Leasing ist also eine „insolvenzfeste“ Sicherung.

Europa macht nach Angaben des Europäischen Beobachtungsnetzes für KMU 66 Prozent des Weltmarktes für Factoring aus. Etwa 11 Prozent der europäischen KMU verwenden Factoring, allerdings können deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern ausgemacht werden. Während in Frankreich 32 Prozent der Unternehmen Factoring nutzen, sind es in Deutschland nur zwei Prozent. Beim Factoring werden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen an einen Factor verkauft. Wenn das Unternehmen die so gewonnene Liquidität richtig einsetzt, verbessert sich die Eigenkapitalquote.

1.7 Die Limited

Der Europäische Gerichtshof und der Bundesgerichtshof haben alle europäischen Gesellschaftsformen für Unternehmen gleichgestellt. Deutsche Unternehmer können also zwischen verschiedenen so genannten Euro-GmbH's wählen, wenn sie ein Unternehmen gründen. Insbesondere die Gründung der britischen Kapitalgesellschaft Private Company Limited by Shares oder kurz Limited erfreut sich seitdem wachsender Beliebtheit. Für eine Limited ist kein Mindestkapital vorgeschrieben. Der Gründer zahlt symbolisch ein Pfund ein – nicht 25.000 Euro wie bei einer GmbH – und die persönliche Haftung ist – wie bei der GmbH – ausgeschlossen. Die Gründung einer Limited ist relativ unbürokratisch und preiswert: Etwa ein Dutzend Internetanbieter übernehmen ab etwa 250 Euro die kompletten Anmeldeformalitäten; innerhalb von ein bis zwei Wochen, in Eilfällen unter Erhöhung der Kosten auch schon innerhalb von 24 Stunden, ist die Gründung abgeschlossen.

Der Hamburger Professor für Gesellschaftsrecht Heribert Hirte geht davon aus, dass es derzeit 80.000 Limiteds in Deutschland gibt. Zur Orientierung: Dagegen stehen etwa zehnmal so viele GmbH's.

Das Consulting-Unternehmen „Go Ahead Limited“ hat die ersten 500 Limited-Gründungen untersucht. Demnach kommen 21 Prozent der Gründungen aus dem Handelsbereich. Firmen aus dem Consultingbereich und der Telekommunikations- bzw. Technologiebranche folgen mit jeweils 13 Prozent. 9,8 Prozent aller Limiteds gründen Dienstleister, gefolgt von Firmen aus der Finanz- und Immobilienbranche (7,2 Prozent). Die Baubranche stellt immerhin noch einen Anteil von sechs Prozent aller Limited-Gründungen. Gründungsaktiv ist Nordrhein-Westfalen mit 21 Prozent, gefolgt von Bayern (17 Prozent) und Hessen (15 Prozent). Am unteren Ende der Skala liegen Bremen (0,6 Prozent), Sachsen-Anhalt (1 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern mit 1,2 Prozent.

Die Limited-Agenturen sehen bereits das Ende der GmbH voraus und ermuntern Existenzgründer, dem deutschen unternehmerfeindlichen Gesellschaftsrecht „Tschüss Deutschland“ zu sagen. Ganz so einfach und unproblematisch ist allerdings auch die Limited nicht. Zwar sind die Gründungskosten und -formalitäten gering – es fallen aber höhere laufende Kosten für Übersetzungen, Sekretär (Company Secretary) und Büro (Registered Office) in Großbritannien an. Außerdem muss der Geschäftsbericht jedes Jahr an das englische Handelsregister nach Cardiff gesandt werden – ansonsten drohen hohe Strafen. Auch steuerlich bietet die Limited keinen Vorteil: Für Unternehmensgewinne, die in Deutschland erwirtschaftet wurden, gilt das deutsche Steuerrecht. Vom Niedrigsteuerland Großbritannien profitiert nur, wer auch dort Gewinne erzielt. Und die Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen gilt nur, solange sie nicht missbräuchlich betrieben wird. In Großbritannien gilt beispielsweise die Haftungsbeschränkung nicht bei Überschuldung der Gesellschaft. Bei einer Einlage von nur einem Pfund ist die Gesellschaft aber von Anfang an überschuldet. Tritt dann eine Insolvenz ein, haften die Ge-

Nicht ohne Nachteile

sellschafter im Wege der Durchgriffshaftung persönlich mit ihrem gesamten Vermögen. Nicht zu unterschätzen ist auch das eher negative Image der Limited bei Geschäftspartnern: Wer mit einer solchen Gesellschaft Geschäfte plant, muss sich genau über deren Kreditwürdigkeit informieren.

Allerdings gibt es – gerade für Konzerne – doch einen Vorteil der englischen Gesellschaftsform: Mit der Limited kann die Mitbestimmung der Mitarbeiter im Aufsichtsrat, die in Deutschland ab zweitausend Angestellten greift, ausgeschlossen werden.

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Der im vergangenen Jahr einsetzende Aufwärtstrend bei den Gründungen setzte sich in den ersten sechs Monaten diesen Jahres fort. So hat sich im Vergleich zum Vorhalbjahr die Zahl der Gewerbemeldungen in den öffentlichen Registern um 8,5 Prozent erhöht. Waren im ersten Halbjahr 2003 insgesamt 386.000 Gewerbe gegründet worden, sind es in den ersten sechs Monaten diesen Jahres 419.000. Davon entfallen 52.900 (1. Halbjahr 2003: 52.200) auf die Handels- und 366.100 auf die Gewerberegister (1. Halbjahr 2003: 333.800).

Gleichzeitig hat sich mit den Anmeldungen aber auch die Zahl der Gewerbeabmeldungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4,6 Prozent auf 341.000 erhöht (1. Halbjahr 2003: 326.000).

Gründungen im Aufwind

**Tab. 18: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2004 *)
für Deutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	366.100 (333.800)	+ 9,7	309.100 (298.500)	+ 3,6
Handels- register:	52.900 (52.200)	+ 1,3	31.900 (27.500)	+ 16,0
Gesamt:	419.000 (386.000)	+ 8,5	341.000 (326.000)	+ 4,6
Saldo:	78.000 (60.000)	+ 30,0		

*) Creditreform-Schätzung; () = Vorjahresangaben

Die Zunahme der An- und Abmeldungen findet sich sowohl in West- als auch in Ostdeutschland wieder. In den alten Bundesländern sind die Gewerbeanmeldungen um 9,0 Prozent auf 338.000 (1. Halbjahr: 310.000) gestiegen. Die Zahl der Abmeldungen hat sich von 260.000 auf 272.000 um 4,6 Prozent erhöht. Daraus ergibt sich insgesamt ein positiver Saldo aus An- und Abmeldungen von 66.000.

Saldo deutlich im Plus

**Tab. 19: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2004 *)
für Westdeutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	293.500 (266.000)	+ 10,3	247.000 (238.700)	+ 3,5
Handels- register:	44.500 (44.000)	+ 1,1	25.000 (21.300)	+ 17,4
Gesamt:	338.000 (310.000)	+ 9,0	272.000 (260.000)	+ 4,6
Saldo:	66.000 (50.000)	+ 32,0		

*) Creditreform-Schätzung; () = Vorjahresangaben

Auch in Ostdeutschland sind die Neugründungen gestiegen. So kam es in den ersten sechs Monaten zu 81.000 Neueintragungen. Binnen Jahresfrist entspricht das einer Zunahme um 6,6 Prozent (1. Halbjahr 2003: 76.000). Genau wie in den restlichen Bundesländern haben sich auch hier die Gewerbeabmeldungen erhöht – und zwar von 66.000 im Vorhalbjahr auf 69.000.

**Tab. 20: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2004 *)
für Ostdeutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	72.600 (67.800)	+ 7,1	62.100 (59.800)	+ 3,8
Handels- register:	8.400 (8.200)	+ 2,4	6.900 (6.200)	+ 11,3
Gesamt:	81.000 (76.000)	+ 6,6	69.000 (66.000)	+ 4,5
Saldo:	12.000 (10.000)	+ 20,0		

*) Creditreform-Schätzung; () = Vorjahresangaben

Eine aktuelle Umfrage des DIHK ergab, dass die Gründung von Unternehmen vor allem an einem schwierigen Zugang zu Krediten, fehlenden Eigenkapital- und Fördermitteln sowie zu langsam arbeitenden Behörden scheitern. Um die Bereitschaft zu Neugründungen am Standort Deutschland nicht zu schwächen, müsse die Politik die Investitionsbedingungen verbessern. Der DIHK fordert unter anderem eine moderate Besteuerung von Unternehmensgewinnen.

Der langfristige Vergleich zeigt: Der seit dem Ende der New-Economy einsetzende Abwärtstrend im Gründungsgeschehen ist seit vergangenem Jahr gebrochen. 2003 wurde ein Anstieg der Neugründungszahlen von 720.000 in 2002 auf 785.000 festgestellt. Dieser Trend hält im ersten Halbjahr 2004 weiter an: Wie bereits erwähnt sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres die Anmeldungen auf 419.000 gestiegen. In diesem Zusammenhang gilt zu berücksichtigen, dass ein nicht zu vernachlässigender Anteil (ca. 62.900) der Anmeldungen auf die Gründung einer Ich-AG zurückzuführen ist (siehe Kapitel 2.2: Exkurs: Ich-AG).

Arbeitslose machen sich zum Chef

Tab. 21: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2004 in Deutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	860.000	710.000	150.000
2000	832.000	629.000	203.000
2001	758.000	660.000	98.000
2002	720.000	637.000	83.000
2003 Hj.	386.000	326.000	60.000
2003	785.000	642.000	143.000
2004 Hj. *)	419.000	341.000	78.000

*) von Creditreform geschätzt

Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland haben sich die Gründungszahlen 2003 wieder erhöht. Doch anders als im Westen sind im vergangenen Jahr im Osten die Gewerbeabmeldungen gesunken. Dieser Trend zeichnet sich jedoch für das erste Halbjahr 2004 noch nicht ab: In den neuen Ländern sind die Abmeldungen im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr um 4,5 Prozent auf 69.000 wieder gestiegen.

Abmeldungen steigen im Osten wieder

Tab. 22: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2004 in Westdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	722.000	591.000	131.000
2000	695.000	520.000	175.000
2001	639.000	545.000	94.000
2002	584.000	510.000	74.000
2003 Hj.	310.000	260.000	50.000
2003	640.000	520.000	120.000
2004 Hj. *)	338.000	272.000	66.000

*) von Creditreform geschätzt

Tab. 23: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2004 in Ostdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	138.000	119.000	19.000
2000	137.000	109.000	28.000
2001	119.000	115.000	4.000
2002	136.000	127.000	9.000
2003 Hj.	76.000	66.000	10.000
2003	145.000	122.000	23.000
2004 Hj. *)	81.000	69.000	12.000

*) von Creditreform geschätzt

Auch im aktuellen KfW-Gründungsmonitor ergibt sich eine anziehende Gründungsdynamik: Im vergangenen Jahr haben sich 1,6 Millionen Menschen selbstständig gemacht. (Die Studie basiert auf einer repräsentativen Untersuchung, bei der mehr als 40.000 Personen im Bundesgebiet befragt wurden. Als Grundlage wird ein breiterer Gründungsbegriff gewählt, der über die Registereintragungen hinausgeht und auch die Selbsteinschätzung der Befragten berücksichtigt und erfasst so auch etwa Selbstständige im Nebenerwerb oder in freien Berufen). Dabei starten immer mehr Gründer ihre Selbstständigkeit aus dem Nebenerwerb heraus. Allein im vergangenen Jahr waren es knapp eine Million (975.000). Ebenso entstanden viele Gründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus: 2003 war jeder Vierte zunächst beim Arbeitsamt gemeldet, bevor er sein eigener Chef wurde.

2.2 Exkurs: Ich-AG

Seit Einführung der Ich-AG im vergangenen Jahr gewinnt die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit immer mehr an Bedeutung. Neben der Zahlung von Überbrückungsgeld soll die seit Januar 2003 mögliche Gründung einer Ich-AG Arbeitslosen helfen, einem eigenen Gewerbe nachzugehen. Während das Überbrückungsgeld in der Gründungsanlaufphase den Lebensunterhalt und sozialen Schutz sichern soll, zielt die Ich-AG auf die kleine Existenzgründung und die Verhinderung von Schwarzarbeit sowie auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ab.

Mehr Gründungen aus Arbeitslosigkeit

Die Nachfrage nach Ich-AG's ist groß: Allein in den Monaten Januar bis Mai 2004 wurden rund 62.900 Ich-AG's beantragt. Aktuell gibt es insgesamt 134.000 Ich-AG's. Deren Gründer haben Anspruch auf maximal je 14.000 Euro, die die Bundesagentur für Arbeit über einen Zeitraum von 36 Monaten überweist (1. Jahr: 600 Euro monatlich, 2. Jahr: 360 Euro, 3. Jahr: 240 Euro).

Die Voraussetzungen für die Gründung sind einfach: Neben dem Bezug von Arbeitsamtleistungen muss ein Antrag ausgefüllt und ein Gewerbe angemeldet werden. Das Jahreseinkommen, das durch die Ich-AG erzielt wird, muss unter 25.000 Euro im Jahr liegen. Ein tragfähiges Geschäftskonzept muss bei Gründung nicht vorliegen.

Doch über den Erfolg der Maßnahme lässt sich streiten. Seit Anfang 2003 mussten gut 24.400 Ich-AG's bereits wieder aufgeben. Auch Arbeitsmarktforscher Hilmar Schneider vom Institut Zukunft der Arbeit sieht die wachsende Gefahr des Mitnahme-Effektes. Er befürchtet, dass insbesondere die Arbeitslosen eine Ich-AG gründen, deren Arbeitslosengeld ausläuft. Für diese Vermutung spricht, dass allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres rund 22.800 Personen wieder aus der Förderung ausschieden, im Vorjahr waren es lediglich 1.600. Offensichtlich ist die Fortführung vieler Unternehmen bereits im zweiten Geschäftsjahr nicht rentabel, zumal der Förderbetrag in diesem Zeitraum deutlich niedriger ausfällt.

Auch das ZEW bezweifelt die Wirksamkeit dieser Arbeitsmarktinstrumente. Untersuchungen deuteten darauf hin, dass die geförderten Gründungen aus der Arbeitslosigkeit eine niedrigere Überlebenschance hätten als andere junge Unternehmen, heißt es im aktuellen ZEW-Gründungsreport (Mai 2004). Es wird die Vermutung geäußert, dass Personen, die erst durch die Förderung dazu bewogen werden, sich selbstständig zu machen, das Motiv in erster Linie in der Verlängerung des Anspruchs auf Lohnersatzleistungen als in dem Aufbau einer eigenständigen Existenz sähen. Dauerhafte Beschäftigungsimpulse seien

Ich-AG's schlittern in die Pleite

von diesen Gründungen nicht zu erwarten, so das ZEW.

Die neuesten Zahlen zur Arbeitslosenstatistik belegen: Zwar ging die Zahl der Arbeitslosen im Mai gegenüber dem Vormonat um 150.200 Personen zurück, doch gleichzeitig hat sich auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um 600.000 auf 26,4 Mio. verringert.

Ein weiterer Aspekt: Die Kosten für die aus Arbeitslosigkeit finanzierten Neugründungen laufen aus dem Ruder: Die Bundesagentur für Arbeit deutete einen erhöhten Zuschussbedarf von 600 Millionen Euro an, der direkt vom Bundeshaushalt finanziert ist: Der Grund: 2003 hatte die BA insgesamt 270 Millionen Euro für Gründungshilfen ausgegeben, doch allein in den ersten Monaten des laufenden Jahres haben sich die Hilfen monatlich auf gut 70 Millionen Euro belaufen. Auf das gesamte Jahr hochgerechnet würde auf die BA somit ein Betrag von insgesamt 840 Millionen Euro zukommen.

2.3 Neueintragungen und Wirtschaftsbereiche

Bei den Ich-AG's dominieren die Gründungen vor allem im Handel und im Dienstleistungsbereich. So auch bei den Neugründungen: 57 von 100 Eintragungen in die Register finden im Dienstleistungssektor statt, 28 Prozent im Handel, auf das Baugewerbe fallen 9 und auf das Verarbeitende Gewerbe 6 Prozent.

Gründungsboom bei den Dienstleistern

Tab. 24: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Deutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen
Verarbeitendes Gewerbe	6
Baugewerbe	9
Handel	28
Dienstleistungen	57

Quelle: Creditreform-Datenbank

Verglichen mit West- und Ostdeutschland ergeben sich nur minimale Unterschiede: In den alten Ländern

finden 8 Prozent der Gründungen im Bau und 57 Prozent im Dienstleistungssektor statt. In den neuen Ländern sind es in diesen Bereichen 10 und 58 Prozent.

Auch bei den Handelsregistereintragungen lassen sich die Gründungsschwerpunkte in den Bereichen Dienstleistung (ca. 70 Prozent) und Handel (ca. 20 Prozent) festmachen. In den Dienstleistungsbereich fallen hier unter anderem das Kredit- und Versicherungsgewerbe, das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie unternehmensnahe und persönliche Dienstleistungen.

Tab. 25: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2004

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Gesamt	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fischzucht, Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	22	0,05	17	0,20	39	0,07
Verarbeitendes Gewerbe	1.733	3,89	351	4,19	2.084	3,94
Energie u. Wasserversorgung	537	1,21	98	1,17	635	1,20
Baugewerbe	1.568	3,52	498	5,95	2.066	3,91
Kfz-Handel	913	2,05	159	1,90	1.072	2,03
Groß- u. Einzelhandel	7.704	17,30	1.433	17,11	9.137	17,27
Gastgewerbe	745	1,67	184	2,20	929	1,76
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1.325	2,98	159	1,90	1.484	2,81
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	157	0,35	17	0,20	174	0,33
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen	832	1,87	166	1,98	998	1,89
Datenverarbeitung u. Datenbanken	888	1,99	117	1,40	1.005	1,90
Forschung u. Entwicklung	12	0,03	7	0,08	19	0,04
unternehmensnahe Dienstleistungen	27.379	61,49	4.988	59,55	32.367	61,18
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	713	1,60	182	2,17	895	1,69
Gesamt	44.528	100,00	8.376	100,00	52.904	100,02

Eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft ergab, dass es in Deutschland etwa 45 Tage dauert, bis ein Unternehmen sein Tagesgeschäft aufnehmen und Mitarbeiter einstellen kann. In Ländern wie den USA oder den Niederlanden dauert die Gründung nur vier bzw. elf Tage (siehe auch Kapitel 1.7: Die Limited). Das Problem ist erkannt, das Bürokratieabbauprogramm auf Initiative von Wirtschaftsminister Clement eingeleitet, doch noch warten viele Vorschriften des Bürokratieabbauplans auf ihre Durchsetzung.

Handwerksnovelle belebt Neueintragungen

Bei der Novellierung der Handwerksordnung hat es bereits funktioniert und es lassen sich bereits erste Impulse für das Gründungsgeschehen ableiten. So gab es in Nordrhein-Westfalen etwa nach Zahlen des Westdeutschen Handwerkskammertags in den ersten beiden Monaten diesen Jahres insgesamt 1.046 Neueintragungen im Verzeichnis der zulassungsfreien Handwerke. Drei Viertel dieser Neueintragungen sind von Gründern ohne Meisterbrief oder Gesellenprüfung durchgeführt worden.

2.4 Arbeitsplätze durch Neugründer

Eine Volkswirtschaft erhofft sich durch Unternehmensgründungen eine Vielzahl an positiven Impulsen wie die Durchführung von Investitionen oder die Schaffung von Arbeitsplätzen. Letzteres lässt sich, wie die immer noch angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt zeigt, nur schwer durchsetzen. Denn es handelt sich bei den 419.000 Neugründungen im ersten Halbjahr 2004 zu einem großen Teil um Nebenerwerbsgründungen, die primär lediglich den Gründer beschäftigen. Die Anzahl der Gründung neuer wirtschaftsaktiver Betriebe, die Rechnungen stellen, betriebserhaltende Gewinne erzielen und Arbeitsplätze schaffen, liegt weitaus niedriger.

**Tab. 26: Wirtschaftaktive Neugründungen in Deutschland
im 1. Halbjahr 2004**

■	wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	4.080 (3.780)
Baugewerbe	5.700 (6.300)
Handel	19.040 (17.640)
Dienstleistungen	39.180 (35.280)
Gesamt	68.000 (63.000)

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Für das erste Halbjahr 2004 wurden insgesamt 68.000 wirtschaftsaktive Betriebe ermittelt, das sind 5.000 Betriebe mehr als im vergangenen Jahr. Von den 68.000 Unternehmen entfallen 4.080 auf das Verarbeitende Gewerbe, 5.700 auf den Bau und 19.040 auf den Handel sowie knapp 40.000 (39.180) auf den Dienstleistungsbereich. In Westdeutschland entspricht das einer Anzahl von 55.000 (1. Halbjahr: 51.000) und in Ostdeutschland von 13.000 Betrieben (1. Halbjahr: 12.000).

***Wirtschaftsaktive schaffen
Arbeitsplätze***

Kriterium für die Einstufung als wirtschaftsaktives Unternehmen in der vorliegenden Tabelle ist eine Anfrage an die Creditreform-Datenbank zur Überprüfung der Geschäftsverbindung und der Kreditwürdigkeit sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Damit werden praktisch nur wirtschaftsaktive Unternehmen erfasst. Klein- und Kleinstgewerbetreibende, landwirtschaftliche Unternehmen und Freiberufler sind dagegen nicht erfasst.

**Tab. 27: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den
produktiven Neugründungen im 1. Halbjahr 2004**

■	Deutschland
Verarbeitendes Gewerbe	5
Baugewerbe	2
Handel	2
Dienstleistungen	2

Quelle: Creditreform-Datenbank

Zur Ermittlung der neugeschaffenen Arbeitsplätze durch die wirtschaftsaktiven Betriebe wird die durch-

schnittliche Anzahl der Beschäftigten (siehe Tabelle 27) zu Grunde gelegt: Demnach wurden im Verarbeitenden Gewerbe 20.400 und im Bau 11.400 neue Personalstellen im Zuge einer Unternehmensgründung geschaffen. Auf den Handel kommen knapp 40.000 (38.080) neue Personalstellen und auf den Dienstleistungssektor 78.360. Verglichen mit den Zahlen des Vorhalbjahres entspricht das in allen Bereichen einer Zunahme an neuen Jobs.

Tab. 28: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2004 in Deutschland

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	5 x 4.080	20.400 (18.300)
Baugewerbe	2 x 5.700	11.400 (11.000)
Handel	2 x 19.040	38.080 (35.200)
Dienstleistungen	2 x 39.180	78.360 (72.200)
Gesamt	68.000	148.240 (136.700)

*) gerundet; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform-Datenbank

**Neue Jobs im
Dienstleistungssektor**

In den alten Bundesländern sind insgesamt 119.900 Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Neugründungen entstanden, in den neuen sind es 28.340. Auch hier hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum die Zahl der Personalstellen sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands erhöht.

Tab. 29: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2004 in Westdeutschland

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	5 x 3.300	16.500 (15.500)
Baugewerbe	2 x 4.400	8.800 (8.200)
Handel	2 x 15.400	30.800 (28.400)
Dienstleistungen	2 x 31.900	63.800 (59.200)
Gesamt	55.000	119.900 (111.300)

*) gerundet; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform-Datenbank

Tab. 30: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2004 in Ostdeutschland

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	5 x 780	3.900 (2.800)
Baugewerbe	2 x 1.300	2.600 (2.800)
Handel	2 x 3.640	7.280 (6.800)
Dienstleistungen	2 x 7.280	14.560 (13.000)
Gesamt	13.000	28.340 (25.400)

*) gerundet; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform-Datenbank

2.5 Neueintragungen und Löschungen nach Bundesländern

Je nach Bundesland fallen die Gründungsaktivitäten unterschiedlich aus: In Bremen etwa gab es je 10.000 bereits existierender Unternehmen 542 Neueintragungen ins Handelsregister. Gefolgt von Berlin und Nordrhein-Westfalen mit 428 und 408 Neueintragungen. Die untersten Ränge belegen das Saarland (248), Thüringen (246) und Rheinland-Pfalz (244). Das Mittelfeld belegen Sachsen-Anhalt (378), Bayern (364), Niedersachsen (358) und Brandenburg (316).

Tab. 31: Handelsregisterneueintragungen je 10.000 Unternehmen nach Bundesländern im 1. Halbjahr 2004

■	Neueintragungen
Bremen	542
Berlin	428
Nordrhein-Westfalen	408
Schleswig-Holstein	402
Hessen	398
Mecklenburg-Vorpommern	384
Sachsen-Anhalt	378
Bayern	364
Niedersachsen	358
Brandenburg	316
Baden-Württemberg	286
Hamburg	286
Sachsen	250
Saarland	248
Thüringen	246
Rheinland-Pfalz	244
Gesamt	362

Klein schlägt groß

Bei der Interpretation gilt es zu berücksichtigen, dass zur Ermittlung der Zahlen die Eintragungen im Handelsregister mit der Zahl bereits existierender Unternehmen in Beziehung gesetzt werden. Sind bereits viele Unternehmen im entsprechenden Bundesland vorhanden wie das in Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen der Fall ist, dann muss die Zahl an Neueintragungen entsprechend hoch sein, damit sich eine hohe Gründungsaktivität ergibt. Entsprechend reicht in Ländern mit niedrigen Unternehmensbeständen auch eine niedrige Zahl an Neueintragungen aus, um eine relativ hohe Gründungsaktivität zu erreichen (siehe Bremen).

Bei den absoluten Zahlen liegen Nordrhein-Westfalen (12.766 Neueintragungen), Bayern (9.372 Neueintragungen) und Baden-Württemberg (5.863 Neueintragungen) in Führung. Die geringste Anzahl an Unternehmenseintragungen im Handelsregister fallen auf die Länder Thüringen (894), Bremen (587) und das Saarland (421).

**Tab. 32: Unternehmensneueintragungen und -lösungen
nach Bundesländern in West- und Ostdeutschland
für das 1. Halbjahr 2004**

■	Unternehmens- neueintra- gungen	Unterneh- mens- lösungen	Saldo
Nordrhein-Westfalen	12.766	7.918	4.848
Bayern	9.372	4.327	5.045
Baden-Württemberg	5.863	3.104	2.759
Hessen	4.619	2.917	1.702
Niedersachsen	4.467	2.107	2.360
Hamburg	2.560	1.484	1.076
Berlin	2.374	1.740	634
Schleswig-Holstein	2.029	1.040	989
Rheinland-Pfalz	1.844	1.181	663
Sachsen	1.681	2.190	- 509
Sachsen-Anhalt	1.237	766	471
Brandenburg	1.226	909	317
Mecklenburg-Vorp.	964	623	341
Thüringen	894	718	176
Bremen	587	537	50
Saarland	421	381	40
Gesamt	52.904	31.942	20.962

NRW dominiert absolut

Deutliche regionale Unterschiede im Gründungsverhalten ergab auch die Untersuchung „Regionaler Entrepreneurship Monitor“, die die Universitäten Köln und Lüneburg jährlich herausgeben. Die Regionen Emscher-Lippe, Köln, Lüneburg, Main-Rhön, Mittelhessen, Mittleres Mecklenburg (Rostock), München, Schleswig-Holstein Mitte (Kiel), Stuttgart und Westsachsen (Leipzig) wurden unter anderem auf Gründungsklima, -kultur und -aktivitäten untersucht.

Die Studie kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Bewertung gründungsbezogener Rahmenbedingungen nur bedingt in einem empirischen Zusammenhang mit dem Niveau regionaler Gründungsaktivitäten zu sehen ist. Auffällig ist eine häufig relativ gute Platzierung der Regionen Stuttgart, München, Leipzig sowie eine häufig relativ schlechte Platzierung der Regionen Rostock und Lüneburg. Bemängelt wird in allen Regionen der mit einer Gründung einhergehende bü-

rokratische Aufwand und die große Menge an zu beachtenden Vorschriften und Regulierungen.

■ 3 Zusammenfassung

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen hat auch im ersten Halbjahr 2004 weiter zugenommen: 54.700 Anträge gingen bei den Gerichten ein – 11,3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Getragen wird diese Entwicklung von den Insolvenzen natürlicher Personen: 35.400 Verbraucher und ehemals selbstständig Tätige möchten sich entschulden und stellten einen Insolvenzantrag. Das entspricht einem Anstieg von 20,0 Prozent. Darunter waren 20.910 Verbraucheranträge und 11.290 Anträge von ehemals selbstständig Tätigen.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen hingegen ist leicht rückläufig, aber immer noch auf einem gesamtwirtschaftlich hohen Niveau. 19.300 Unternehmensinsolvenzen sind zu zählen – 1,7 Prozent oder 340 Fälle weniger als im ersten Halbjahr 2003. Damit bekleidet Deutschland im europäischen Vergleich wohl weiterhin den zweiten Platz (2003: 39.470). Nur Frankreich konnte im vergangenen Jahr mit 40.500 Unternehmenspleiten noch mehr Insolvenzen vorweisen.

Während die Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland abnehmen (um 7,4 Prozent auf 4.600 betroffene Betriebe), sind in Westdeutschland immer noch leichte Steigungen von 0,2 Prozent auf 14.700 Unternehmen zu beobachten.

Nordrhein-Westfalen verzeichnet ungeachtet der bundesdeutschen Entwicklung deutliche Zuwächse im Unternehmensinsolvenzbereich von 8,4 Prozent auf 6.200 betroffene Firmen. Insgesamt stellt NRW 13.120 Insolvenzen, was einem Anstieg von 18,5 Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 2003 entspricht.

Die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung rechnet für das Gesamtjahr 2004 mit 39.000 bis 41.000 Unternehmensinsolvenzen und 110.000 bis 115.000 Gesamtinsolvenzen.

Die größten Insolvenzen des ersten halben Jahres 2004 reichen nicht an das Niveau des Rekordpleitenjahres 2002 heran, aber wieder finden sich einige Traditionsfirmen unter den Top-Ten. Auffällig diesmal: Vier Unternehmen aus der Bekleidungsindustrie sind vertreten. Die zehn größten Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr 2004 sind: BHG Color Print Farbfotolaboratorien, Hettlage KGaA, Textilhandelsunternehmen KENVELO, Kögel Fahrzeugwerke AG, Nuxoll-Comast KG (Werbemittelvertrieb), Günter Kube Gebäudeservice, Textilunternehmen Girmes, Möbelbeschlägehändler GENIATEC, EUROPAHAUS Fertigungswerke und Textilhändler Jo. C. Boecker.

Die Schäden, die insolvente Unternehmen im ersten Halbjahr 2004 verursachten, beliefen sich auf insgesamt 22,7 Milliarden Euro – 2,1 Milliarden Euro weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Öffentliche Hand, also Städte und Gemeinden sowie die Finanz-, Sozial- und Arbeitsämter blieben auf insgesamt 8 Milliarden Euro sitzen, während es private Gläubiger härter traf: Forderungen in Höhe von 14,7 Milliarden Euro bleiben wohl unbefriedigt.

Bei Einführung der Insolvenzordnung 1999 wurden zwei Drittel aller Unternehmensinsolvenzverfahren nicht eröffnet, weil eine die Kosten des Verfahrens deckende Masse nicht vorhanden war. Mittlerweile wird in Westdeutschland nur noch jedes dritte (39,0 Prozent) und in Ostdeutschland knapp jedes zweite (47,8 Prozent) Verfahren mangels Masse abgewiesen.

In ersten Halbjahr 2004 sind 322.000 Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen. Das entspricht einem Rückgang von 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

72,0 Prozent aller insolventen Betriebe beschäftigen einen bis fünf Mitarbeiter. Dieser Wert stieg binnen Jahresfrist noch einmal um 3,4 Prozentpunkte an. Hingegen machen Großbetriebe mit mehr als 100 Angestellten nur einen geringen Teil des Insolvenzgeschehens aus: 0,9 Prozent der insolventen Betriebe beschäftigen mehr als 100 Personen (Vorjahr: 1,1 Pro-

zent). Unternehmen, die einen Umsatz zwischen 0,5 und 5,0 Mio. Euro erwirtschaften, stellen 36,1 Prozent der Insolvenzen, das sind 6.960 Betriebe. Nur 60 Unternehmen, die mehr als 50,0 Mio. Euro Umsatz machen, sind im ersten Halbjahr 2004 zusammengebrochen.

Den größten Teil des Insolvenzgeschehens stellen Betriebe aus dem Dienstleistungssektor: 46,9 Prozent der Unternehmensinsolvenzen kommen aus dieser Branche. Das Verarbeitende Gewerbe erholt sich und verzeichnet einen Rückgang von 12,7 Prozentpunkten auf 8,5 Prozent. Im Handel hingegen steigen die Insolvenzen leicht um 1,5 Prozentpunkte oder 70 betroffene Unternehmen auf 4.640 Unternehmen an. Das Baugewerbe konnte seinen Anteil am Insolvenzaufkommen verringern: Insgesamt 320 Betriebe weniger als noch vor einem Jahr meldeten Insolvenz an (minus 7,5 Prozent). Dennoch herrscht im Baugewerbe nach wie vor die größte relative Insolvenzbetroffenheit (Insolvenzen pro 10.000 existente Unternehmen). 248 von 10.000 Betrieben aus der Baubranche gingen pleite. Im Verarbeitenden Gewerbe waren es 90, im Handel 132 und im Dienstleistungssektor 118.

Die Eigenkapitalausstattung mittelständischer Unternehmer hat sich im Jahresverlauf gebessert, steht aber immer noch auf schwachen Beinen: Ein Fünftel (21,7 Prozent) aller Betriebe ist ausreichend mit Eigenkapital versorgt. Ein Drittel dagegen (31,4 Prozent) verfügt über weniger als zehn Prozent haftendes Eigenkapital.

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen hat sich gegenüber dem Vorhalbjahr um 8,5 Prozent erhöht. Im ersten Halbjahr 2003 waren 386.000 Gewerbe gegründet worden – in den ersten sechs Monaten 2004 waren es 419.000. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen erhöhte sich ebenfalls um 4,6 Prozent auf nunmehr 341.000 (Vorjahr: 326.000).

In Westdeutschland stiegen die Gewerbeanmeldungen im ersten Halbjahr 2004 um 9,0 Prozent auf 338.000; die Zahl der Abmeldungen legte um 4,6 Prozent auf

jetzt 272.000 Betriebe zu. In den neuen Bundesländern meldeten 6,6 Prozent mehr Unternehmen ein Gewerbe an (81.000 Neueintragungen im ersten Halbjahr 2004). 69.000 Unternehmen meldeten sich ab (Vorjahr: 66.000). 57 von 100 Neueintragungen betreffen den Dienstleistungssektor. 28 Prozent finden im Handel statt, auf das Baugewerbe fallen 9 und auf das Verarbeitende Gewerbe 6 Prozent.

68.000 wirtschaftsaktive Unternehmen wurden im ersten Halbjahr 2004 gegründet – 5.000 Betriebe mehr als vor einem Jahr. 4.080 Betriebe wurden im Verarbeitenden Gewerbe gegründet, 5.700 im Bau, 19.040 im Handel und 39.180 im Dienstleistungsbereich.

Jede Gründung im Verarbeitenden Gewerbe brachte im Schnitt fünf neue Arbeitsplätze, bei den anderen Hauptwirtschaftsbereichen wurden im Durchschnitt zwei neue Stellen pro Unternehmen geschaffen. In den alten Bundesländern wurden insgesamt 119.900 Arbeitsplätze (Vorjahr: 111.300) durch wirtschaftsaktive Unternehmen geschaffen, in den neuen Bundesländern waren es 28.340 (Vorjahr: 25.400).

Die Gründungsaktivitäten verteilen sich nicht auf alle Bundesländer gleich: In Bremen wurden pro 10.000 existenten Betrieben 542 neue gegründet, in Berlin waren es 428 und in Nordrhein-Westfalen 408. Im Saarland dagegen gab es pro 10.000 Unternehmen nur 248 Gründungen, in Thüringen 246 und in Rheinland-Pfalz 244.

Absolut wurden in Nordrhein-Westfalen die meisten Neueintragungen vollzogen. Hier gab es 12.766 Neueintragungen, in Bayern 9.372 und in Baden-Württemberg 5.863. Die wenigsten Neueintragungen gab es in Bremen (587) und im Saarland (421).

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2004, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 24. Juni 2004